

# **Verfahrensunterlagen für die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)**

## **Teil A**

### **Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebotes/ Bewerbungsbedingungen (AzA)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beabsichtigen, die in den beiliegenden Vergabeunterlagen bezeichneten Verkehrsdienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr (nachfolgend: SPNV) zu vergeben. Nach Ihrer erfolgreichen Teilnahme an dem vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb bitten wir Sie, ein erstes Angebot abzugeben.

Ihr Angebot muss im Einklang mit den nachfolgenden Bewerbungsbedingungen stehen. Weitere für die Angebotsabgabe erforderliche Unterlagen stellen wir Ihnen auf einer Webseite im Internet bereit, die dort eingesehen und heruntergeladen werden können.

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Eigenbetrieb Fahrzeuge und Infrastruktur (ZV VRR FaIn-EB) und der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe Eigenbetrieb Infrastruktur und Fahrzeuge (EBINFA-NWL) (nachfolgend gemeinsam "Auftraggeber" genannt) haben einen Hersteller mit der Lieferung der für den Betrieb der Linien des Niederrhein-Münsterland-Netz, Teilnetz 1 erforderlichen Fahrzeuge sowie mit der dauerhaften Instandhaltung und Verfügbarkeit der Fahrzeuge beauftragt.

Die vorliegende Ausschreibung der Verkehrsdienstleistungen betrifft nur den Betrieb der Linien auf Basis eines mit dem Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) zu schließenden Verkehrsvertrages. Die Auftraggeber stellen dem EVU die in der Fahrzeugausschreibung beschafften Fahrzeuge auf der Grundlage eines Bereitstellungsvertrages bei.

Bei Angebotsabgabe sind die folgenden Punkte zu beachten:

## **1 Aufgabenträger der Verkehrsdienstleistungen**

- (1) Zuständiger SPNV-Aufgabenträger für die Durchführung des Verfahrens zur Vergabe von Eisenbahnverkehrsdienstleistungen im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf den Linien RE 10 und RB 37 ist nach dem ÖPNVG NRW die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (nachfolgend: VRR), Augustastraße 1, 45879 Gelsenkirchen.
- (2) Der VRR fordert zur Angebotsabgabe auf und wird den Zuschlag erteilen und insbesondere einen Verkehrsvertrag (nachfolgend: VV) mit dem obsiegenden Eisenbahnverkehrsunternehmen (nachfolgend: EVU) abschließen (siehe im Einzelnen zu den abzuschließenden Verträgen Ziffer 20).
- (3) Der VRR (im folgenden Aufgabenträger genannt) ist daher Vertragspartner des EVU im Rahmen des Verkehrsvertrages.
- (4) Der Landtag in Nordrhein-Westfalen hat im Mai 2026 eine Strukturreform über die Aufgabenträgerschaft im SPNV beschlossen. Nach dieser Gesetzesänderung wird die Aufgabenträgerschaft für den SPNV von den bisherigen drei Aufgabenträgern zum 01.01.2027 auf eine landesweite Anstalt öffentlichen Rechts gemäß § 6 ÖPNVG NRW übertragen. Die Zuschlagserteilung erfolgt sodann durch diese neu gegründete landesweite Anstalt und wird mit der Zuschlagserteilung Auftraggeber für den Verkehrsvertrag.
- (5) Vertragspartner des EVU im Rahmen des Bereitstellungsvertrages sind der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Eigenbetrieb Fahrzeuge und Infrastruktur (ZV VRR FaIn-EB) und der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe Eigenbetrieb Infrastruktur und Fahrzeuge (EBINFA-NWL), da sie die einzusetzenden Fahrzeuge im Rahmen einer Fahrzeugausschreibung beschafft haben. Näheres regelt Teil E der Vergabeunterlagen.

## 2 Gegenstand der Vergabe (Art, Umfang und Ort der Leistung)

- (1) Gegenstand dieser Vergabe sind Verkehrsdienstleistungen im SPNV im Zuständigkeitsbereich des Aufgabenträgers.
- (2) Die zu vergebenden Verkehrsdienstleistungen gemäß Absatz 1 sind auf folgenden Strecken zu erbringen:
  - Linie RE 10: Düsseldorf – Krefeld – Geldern – Kleve
  - Linie RB 37: Neuss – Krefeld – Geldern
- (3) Es erfolgt eine gestaffelte Betriebsaufnahme:
  - **Betriebsstufe 1, Linie RE 10:** internationaler Fahrplanwechsel 2028, voraussichtlich am 10.12.2028
  - **Betriebsstufe 2, Linien RE 10 u. RB 37:** voraussichtlich am 10.06.2029.
- (4) Die zu vergebenden Verkehrsdienstleistungen umfassen zur Betriebsaufnahme im Dezember 2028 (Betriebsstufe 1) insgesamt ca. 2,3 Mio. Zugkilometer pro vollem Fahrplanjahr sowie ab Juni 2029 (Betriebsstufe 2) insgesamt ca. 2,7 Mio. Zugkilometer pro vollem Fahrplanjahr. Der genaue Leistungsumfang ist der Leistungsbeschreibung (nachfolgend: LB) zu entnehmen.

## 3 Auftragsdauer

Der Aufgabenträger beabsichtigt, die Leistungen für einen Zeitraum von 10 Jahren (Dezember 2028 – Dezember 2038) zu vergeben.

## 4 NRW-RRX-Modell

Mit dem NRW-RRX-Modell werden die Anforderungen an eine nachhaltig wirtschaftliche Fahrzeugproduktion und -instandhaltung mit den geringsten Lebenszykluskosten umgesetzt.

Fahrzeugbeschaffung und Sicherstellung der Verfügbarkeit einerseits und Verkehrsdienstleistungen andererseits sind beim NRW-RRX Modell entkoppelt.

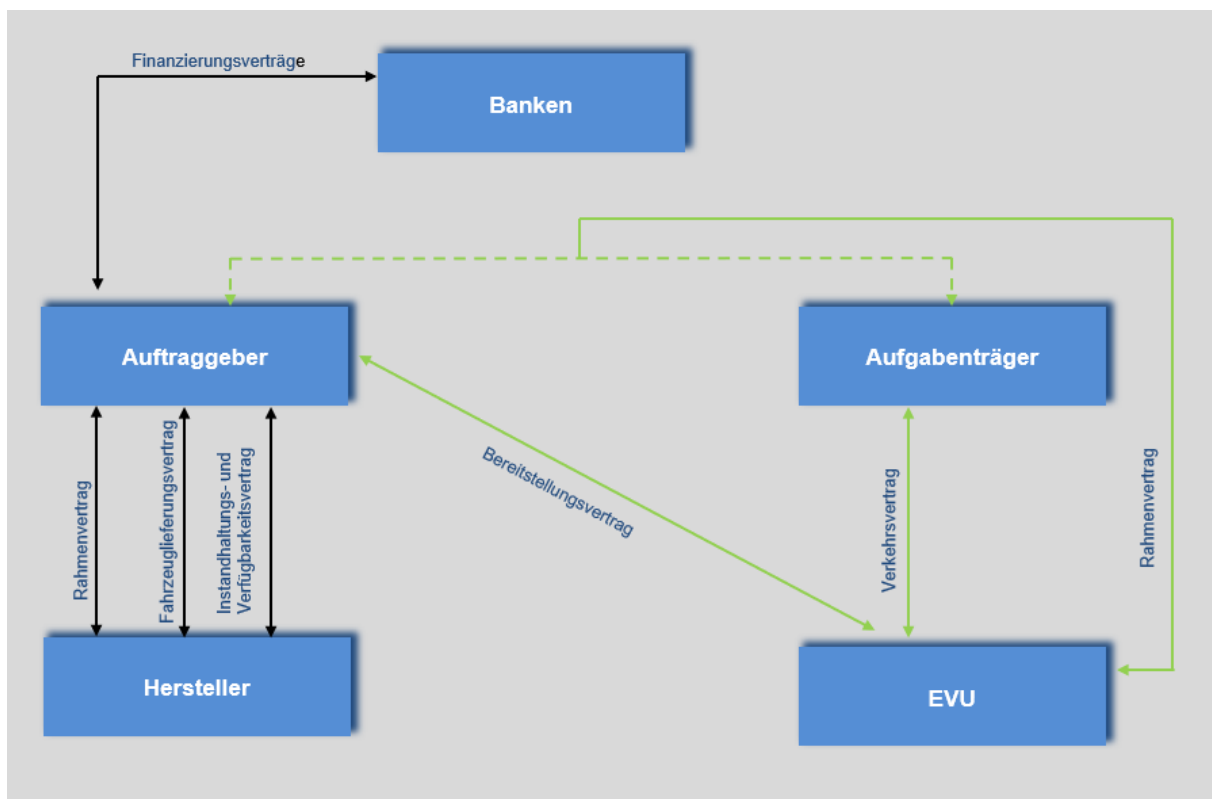
In einer gesonderten Fahrzeugausschreibung beschaffen die Auftraggeber die für den Betrieb des Niederrhein-Münsterland-Netz, Teilnetz 1 erforderlichen Fahrzeuge.

Die Auftraggeber beschaffen verfügbare Fahrzeuge, indem sie den Hersteller verpflichten, die von den Auftraggebern erworbenen Fahrzeuge mindestens in der Anzahl uneingeschränkt verfügbar zu halten, die zur Erfüllung des Betriebsprogramms und Fahr-/Umlaufplans erforderlich ist. Der Hersteller ergreift alle dafür erforderlichen Maßnahmen.

Der Aufgabenträger vergibt die Verkehrsdienstleistungen im hiesigen Verfahren für zehn Jahre. Dem obsiegenden EVU werden die beschafften Fahrzeuge für die Erbringung der Verkehrsdienstleistungen von den Auftraggebern beigestellt.

## 5 Vertragsstruktur NRW-RRX-Modell

Die rechtliche Vertragsstruktur des NRW-RRX Modells lässt sich bildlich wie folgt darstellen:



## 5.1 Verträge Ausschreibung Betriebsleistungen (Gegenstand dieses Vergabeverfahrens)

Der Aufgabenträger schreibt in vorliegendem Verfahren den Betrieb der genannten Linien über zehn Jahre aus. Nach Ablauf der Vertragsperiode wird der Betrieb der genannten Linien voraussichtlich erneut ausgeschrieben.

Folgende Verträge sind Gegenstand dieser Betreiber Ausschreibung:

### 5.1.1 Verkehrsvertrag

Der Aufgabenträger und das EVU schließen einen Verkehrsvertrag (Teil D der Verfahrensunterlagen) über zehn Jahre ab. Gegenstand des Verkehrsvertrages ist die Erbringung der Verkehrsleistungen. Das EVU wird im Rahmen des Verkehrsvertrages verpflichtet, die von den Auftraggebern beschafften und dem EVU bereitgestellten Fahrzeuge zur Erbringung der Verkehrsdienstleistungen einzusetzen.

### 5.1.2 Bereitstellungsvertrag

Das EVU wird ferner verpflichtet, mit den Auftraggebern einen Bereitstellungsvertrag über die Nutzung und die Verfügbarkeit der Fahrzeuge abzuschließen (Teil E der Verfahrensunterlagen, BV).

Nach dem Bereitstellungsvertrag stellen die Auftraggeber dem EVU die vom Hersteller verfügbar zu haltenden Fahrzeuge bereit.

Der Hersteller und das EVU wickeln die Ansprüche im Zusammenhang mit der täglichen Verfügbarkeit direkt untereinander ab.

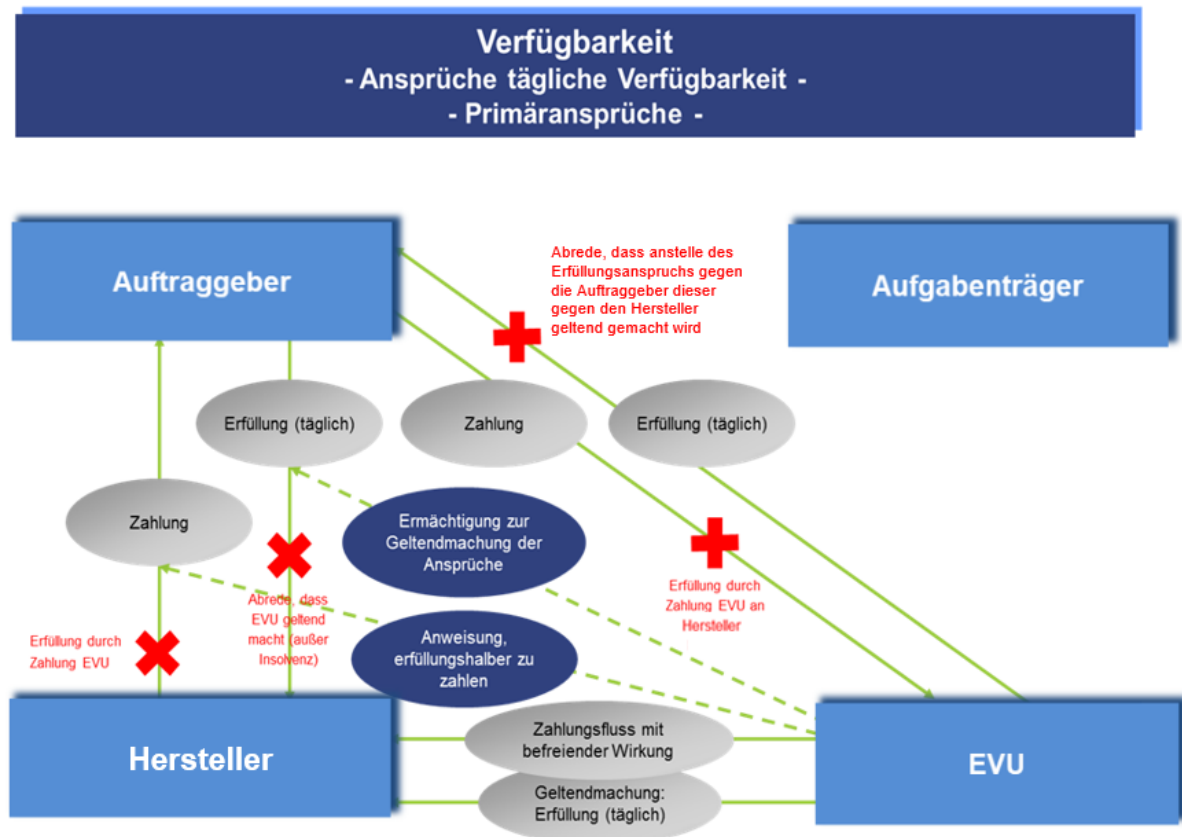
Das EVU hat gegen die Auftraggeber einen Anspruch auf Bereitstellung der verfügbar zu haltenden Fahrzeuge. Zudem ermächtigen die Auftraggeber das EVU, den Erfüllungsanspruch der Auftraggeber gegen den Hersteller aus dem Instandhaltungs- und Verfügbarkeitsvertrag in eigenem Namen

gegenüber dem Hersteller geltend zu machen. Diesen Anspruch muss das EVU vorrangig geltend machen und damit seinen eigenen Erfüllungsanspruch gegenüber den Auftraggebern erfüllen.

Das EVU schuldet den Auftraggebern aus dem Bereitstellungsvertrag ein fixes Grundentgelt. Zudem muss das EVU die Auftraggeber vom Anspruch des Herstellers auf Zahlung des Verfügbarkeitsentgeltes aus dem Instandhaltungs- und Verfügbarkeitsvertrag freistellen. Die Auftraggeber ermächtigen und verpflichten den Hersteller, seinen Anspruch auf Zahlung des Verfügbarkeitsentgeltes vorrangig durch Einziehung des Freistellungsanspruchs geltend zu machen.

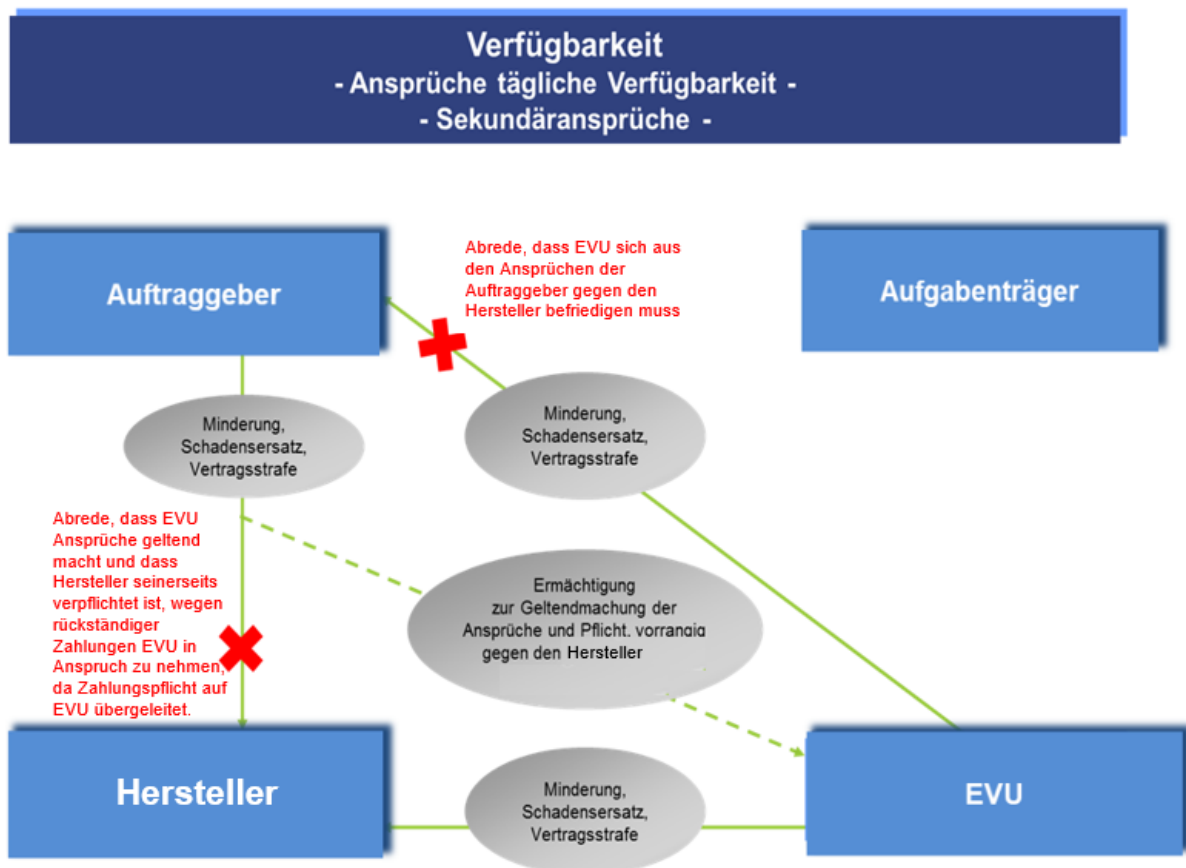
Lediglich bei einer Insolvenz des Herstellers bzw. des EVU dürfen sich EVU bzw. Hersteller an die Auftraggeber halten, da die Auftraggeber der Vertragspartner des Herstellers sind.

Dies lässt sich schematisch wie folgt darstellen:



Zudem ermächtigen die Auftraggeber das EVU, die Gewährleistungsrechte der Auftraggeber gegenüber dem Hersteller aus dem Instandhaltungs- und Verfügbarkeitsvertrag geltend zu machen. Bei einer eingeschränkten Verfügbarkeit kann das EVU den Anspruch des Herstellers auf Zahlung des Verfügbarkeitsentgeltes mindern. Diese Minderung wirkt sich auch auf die Höhe des Freistellungsanspruchs der Auftraggeber gegen das EVU aus dem Bereitstellungsvertrag aus.

Dies lässt sich schematisch wie folgt darstellen:



### 5.1.3 Rahmenvertrag

Im Rahmenvertrag (Teil E der Verfahrensunterlagen, RV) legen das EVU und der Aufgabenträger / die Auftraggeber die Grundzüge ihrer Zusammenarbeit fest und vereinbaren die vom EVU zu stellenden Sicherheiten.

## 5.2 Vertrag Fahrzeugausschreibung (zur Vertragsabwicklung als Anlage 1 zu Teil E, BV beigefügt)

Die Auftraggeber / der Aufgabenträger stellen dem EVU die Herstellerverträge zur Verfügung.

Folgende Verträge haben die Auftraggeber und der Hersteller geschlossen:

### 5.2.1 Fahrzeuglieferungsvertrag

Parteien des Fahrzeuglieferungsvertrages sind die Auftraggeber und der Hersteller. Die Auftraggeber stellen funktionale Vorgaben an die Ausrüstung und Eigenschaften der Fahrzeuge. Er berücksichtigt zusätzlich auch einzelne betriebliche Anforderungen.

Gegenstand des Fahrzeuglieferungsvertrages ist die Lieferung der für den Betrieb der Linien benötigten Fahrzeuge sowie weiterer für Betrieb und Instandhaltung notwendiger Gegenstände (insbesondere Ersatzbaugruppen und Sonderwerkzeuge).

### 5.2.2 Instandhaltungs- und Verfügbarkeitsvertrag

Ferner schlossen der Hersteller und die Auftraggeber einen Vertrag über die Verfügbarkeit, also die Instandhaltung der Fahrzeuge durch den Hersteller. Im Instandhaltungs- und Verfügbarkeitsvertrag

verpflichtet sich der Hersteller, die von den Auftraggebern erworbenen Fahrzeuge über die gesamte Vertragslaufzeit den Auftraggebern verfügbar zu halten.

Der Hersteller und das EVU wickeln die Ansprüche im Zusammenhang mit der täglichen Verfügbarkeit direkt untereinander ab (siehe hierzu Ausführungen in Ziffer 5.1.2).

### **5.2.3 Rahmenvertrag**

Im Rahmenvertrag legen der Hersteller und die Auftraggeber die Grundzüge ihrer Zusammenarbeit fest und vereinbaren die vom Hersteller zu stellenden Sicherheiten.

## **6 Art der Vergabe**

Der Aufgabenträger vergibt die Leistungen in einem Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb auf der Grundlage des § 17 VgV iVm § 119 Abs. 5 GWB, dieser Bewerbungsbedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen.

## **7 Ablauf des Verfahrens**

Der Ablauf des Verfahrens gestaltet sich im Einzelnen wie folgt:

### **a) Einreichung von Unterlagen vor Abgabe des ersten Angebotes und Verhandlungsgespräche**

Die Bieter, die im Rahmen der Eignungsprüfung ausgewählt worden sind, haben die Möglichkeit, Optimierungsvorschläge zu den Vergabeunterlagen einzureichen. Näheres zu den Optimierungsvorschlägen regelt Ziffer 13.

Die vor Angebotsabgabe einzureichenden Unterlagen sind Anlage AzA 3 zu entnehmen. Bieter, die keine Unterlagen oder nur Teile der erbetenen Unterlagen einreichen, werden vom Verfahren nicht ausgeschlossen.

Die Unterlagen müssen bis zum **09.10.2026, 12.00 Uhr** auf der Vergabeplattform (vgl. Ziffer 9) hochgeladen sein.

Der Aufgabenträger wird mit den Bietern im Anschluss Verhandlungsgespräche führen die voraussichtlich Ende November 2026 stattfinden werden. Die Verhandlungen werden auf Basis der vorläufigen Vergabeunterlagen, der eingegangenen Optimierungsvorschläge sowie der weiteren eingereichten Unterlagen geführt.

Die Bieter werden rechtzeitig über die genauen Termine informiert.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungsgespräche wird der Aufgabenträger die Vergabeunterlagen unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze überarbeiten und präzisieren.

### **b) Aktualisierung der Anforderungen**

Der Aufgabenträger behält sich vor, die Anforderungen an die Angebote im Laufe des Verfahrens unter Beachtung aller vergaberechtlichen Vorgaben näher zu präzisieren, zu konkretisieren, zu ergänzen und/oder in einzelnen Punkten aufzuheben.

### **c) Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebotes**

Von den Bietern, die im Rahmen der Eignungsprüfung ausgewählt worden sind, erbittet der Aufgabenträger erste Angebote gemäß dieser Vergabeunterlagen und auf Basis der Resultate der Verhandlungen.

**Der Aufgabenträger behält sich nach § 17 Abs. 11 VgV vor, den Zuschlag ohne weitere Verhandlungen auf das erste Angebot zu erteilen.**

Der Aufgabenträger stellt den EVU Verfahrensunterlagen und Verträge zur Verfügung. Die EVU werden hiermit auf dieser Grundlage zur Abgabe eines ersten Angebotes aufgefordert.

Das Angebot muss auf der Grundlage der Vergabeunterlagen mit dem Stand zum Ablauf der Angebotsfrist vorbehaltlos abgegeben werden. Jede nicht ausdrücklich zugelassene Änderung oder Ergänzung der Unterlagen kann zum Ausschluss des Angebotes führen. Angebote, welche die Anforderungen der LB bzw. die formalen Anforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

Die einzureichenden Unterlagen entnehmen Sie bitte Anlage AzA 3. Weitere Angaben sind nicht erforderlich.

Nebenangebote sind nicht zulässig.

**d) Fortführen des Vergabeverfahrens möglich**

Sollte der Aufgabenträger den Zuschlag nicht auf ein erstes Angebot erteilen, wird er das Vergabeverfahren fortführen: Der Aufgabenträger wird in diesem Fall mit den Bietern über deren erste Angebote verhandeln. Auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungsgespräche wird der Aufgabenträger die Vergabeunterlagen unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze überarbeiten und präzisieren. Anschließend müssen die Bieter ihre letztverbindlichen Angebote abgeben.

**e) Aufklärung des Angebotsinhalts und Zuschlag**

Der Aufgabenträger wird – sofern erforderlich – Aufklärungen über das Angebot verlangen. Verhandlungen nach Angebotsabgabe sind unzulässig, sofern der Aufgabenträger das Verfahren nicht gemäß d) fortführt.

Der Aufgabenträger wird die Angebote prüfen und nach Maßgabe der mitgeteilten Zuschlagskriterien bewerten. Sodann wird der Aufgabenträger den Bietern eine Vorinformation nach § 134 GWB senden.

Gleichzeitig wird für das zu bezuschlagende Angebot beim Bundeskartellamt Auskunft aus dem Wettbewerbsregister eingeholt.

## **8 Aufteilung in Lose**

Die Leistungen werden nicht getrennt nach Losen vergeben. Die Abgabe von Teilangeboten ist unzulässig.

## **9 Vergabeplattform / Rückfragen und Rügen**

- (1) Der Aufgabenträger stellt über eine Vergabeplattform im Internet (<https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYDCDGJX>) die Verfahrensunterlagen zur Verfügung.



- (2) Die Fortschreibung der Verfahrensunterlagen erfolgt auf Grundlage von Bieterinformationen sowie der Antworten auf Rückfragen und Rügen der Bieter sowie der Ergebnisse der Verhandlungen. Dabei bleiben die vorherigen Formulierungen erkennbar; neuer Text wird farblich abweichend dargestellt.

Die EVU müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über neue Informationen durch Besuch der Vergabeplattform unterrichten.

*Bei auftretenden Problemen wenden Sie sich bitte umgehend per E-Mail (spnv-vergabe@vrr.de) an den VRR.*

- (3) Fragen und Hinweise zu den Verfahrensunterlagen sind unverzüglich und rechtzeitig **ausschließlich über die Vergabeplattform** und in deutscher Sprache zu übermitteln.
- (4) Enthalten die Verfahrensunterlagen nach Auffassung des EVU Unklarheiten oder verstoßen diese nach Auffassung des EVU gegen geltendes Recht, so hat das EVU den Aufgabenträger über das in Absatz 3 genannte Verfahren unverzüglich nach Erkennen dieser Unklarheiten, spätestens jedoch vor Abgabe des Angebotes, darauf hinzuweisen. Andernfalls kann es sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen.
- (5) Rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Verfahrensunterlagen werden unverzüglich und spätestens bis sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist erteilt. Der Aufgabenträger behält sich vor, weniger als zwölf Tage vor Ablauf der Angebotsfrist angeforderte Auskünfte nicht mehr zu erteilen, insbesondere dann, wenn die Anfrage nicht mehr bis sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist beantwortet werden kann.
- (6) Fragen und Hinweise des EVU sowie die Auskünfte des Aufgabenträgers dazu werden allen EVU in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt, soweit diese wichtige Aufklärungen beispielsweise über die geforderte Leistung oder die Grundlagen der Preisermittlung enthalten.
- (7) Vergabeverstöße sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von zehn Kalendertagen nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, **ausschließlich schriftlich über die Vergabeplattform** und in deutscher Sprache zu rügen.

## 10 Ansprechpartner der EVU

Das EVU muss mit dem Teilnahmeantrag für die Dauer des Verfahrens einen verantwortlichen deutschsprachigen Ansprechpartner und dessen Kontaktdaten benennen. Sofern der Ansprechpartner beim EVU wechselt, hat das EVU einen neuen verantwortlichen deutschsprachigen Ansprechpartner und dessen Kontaktdaten zu benennen. Bei Bietergemeinschaften ist der Vertreter der Bietergemeinschaft Ansprechpartner des Aufgabenträgers.

## 11 Aufschrift und Form der Angebote / Angebotsfrist

- (1) Das erste Angebot ist bis zum **22.01.2027, 12.00 Uhr** einzureichen. Das vollständige Angebot in deutscher Sprache ist in Textform (§ 126b BGB) auf der zur Verfügung gestellten elektronischen Vergabeplattform (<https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPsSatellite/notice/CXPSYDCDGJX>) hochzuladen. Bei der Abgabe in Textform ist keine (qualifizierte oder fortgeschrittene) elektronische Signatur erforderlich. Im Angebot muss neben dem Namen des Bieters (Unternehmen, Firma) auch der Name des Erklärenden (Name der Person, die das Angebot abgibt) sowie ein Ansprechpartner mit Kontaktdaten angegeben werden. Dazu ist das Anschreiben gemäß Teil B der Vergabeunterlagen zu verwenden.
- (2) Die Einreichung des Angebots in Schriftform, per Telefax oder E-Mail ist nicht zugelassen.

- (3) Das EVU trägt die Darlegungs- und Beweislast für die Rechtzeitigkeit, Ordnungsgemäßheit und Vollständigkeit seines Angebots.
- (4) Die Bieter und ihre Bevollmächtigten dürfen bei der Öffnung der Angebote gemäß § 55 Absatz 2 Satz 2 VgV nicht anwesend sein.
- (5) Etwaige Änderungen, Berichtigungen oder Rücknahmen der abgegebenen Angebote sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich und sind entsprechend der oben bezeichneten jeweiligen Form (elektronisch) bei der o.g. jeweiligen Stelle einzureichen. Nach Ablauf der Angebotsfrist ist eine Änderung, Berichtigung oder Rücknahme des Angebots nicht mehr möglich.
- (6) Die Abgabe mehrerer Angebote durch einen Bieter ist unzulässig. Sollten nach Ablauf der Angebotsfrist mehrere Angebote eines Bieters mit zeitlich unterschiedlichen digitalen Eingangsstempeln (Datum, Uhrzeit) auf der Vergabepattform hochgeladen worden sein, bewerten die Aufgabenträger allein das jüngste Angebot und alle zeitlich älteren Angebote verlieren automatisch ihre Wirksamkeit.
- (7) Alle Unterlagen sind in deutscher Sprache zu verfassen.
- (8) Einzelne Bestandteile der Angebote sind erforderlichenfalls mit Stempel/Vermerk „**Vertraulich**“ zu kennzeichnen, wenn und soweit sie dem Geheimschutz unterliegen oder Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.
- (9) Nach Ermessen des Aufgabenträgers können fehlende Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

## **12 Sonstige Erfordernisse bei der Bearbeitung des Angebots**

- (1) Die EVU haben auf Wunsch des Aufgabenträgers die einzelnen Positionen ihrer Angebotskalkulation darzulegen oder zu differenzieren.
- (2) Alle Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben. Die Preise sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Entspricht der Gesamtbetrag eines Angebotes nicht der Summe der Preisbestandteile, sind die Preisbestandteile maßgebend (vgl. LB, Kapitel 5).
- (3) Für die Angebote sind die von dem Aufgabenträger überlassenen Formblätter/Vordrucke, soweit sie vorgegeben sind, zu verwenden. Die Verwendung selbstgefertigter Fassungen ist unzulässig, sofern in den Verfahrensunterlagen nichts anderes geregelt ist.
- (4) Änderungen an den Verfahrensunterlagen sind unzulässig und führen dazu, dass dieses Angebot des EVU vom Verfahren ausgeschlossen wird.

## **13 Optimierungsvorschläge**

- (1) Insbesondere wenn aus Sicht des EVU einzelne Bestimmungen in den Vertragsentwürfen des Aufgabenträgers unpraktikabel oder wesentliche Interessen unberücksichtigt gelassen sein sollten, soll das EVU hierzu Optimierungsvorschläge unterbreiten.
- (2) Anforderungen an die Optimierungsvorschläge sind Anlage AzA 3 zu entnehmen.
- (3) Eine Wertung der Optimierungsvorschläge ist nicht erforderlich. Sie dienen dazu, dem Aufgabenträger Verbesserungs- und Einsparpotenziale aufzuzeigen. Der Aufgabenträger kann Optimierungsvorschläge zum Gegenstand der nachfolgenden Verhandlungen und auch zu zwingenden Vorgaben für die Angebote machen.

- (4) Das EVU erklärt mit Einbringen von Optimierungsvorschlägen im Verhandlungsverfahren sein Einverständnis, dass der Aufgabenträger, soweit diese einen nicht urheberrechtlich geschützten Optimierungsvorschlag aufgreifen möchten, diesen in die Verfahrensunterlagen einarbeiten und mit der Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebotes in das Verfahren einführen dürfen.
- (5) Der Aufgabenträger behält sich vor, die Anforderungen an die Angebote auch aufgrund von Optimierungsvorschlägen näher zu präzisieren, zu konkretisieren, zu ergänzen, in einzelnen Punkten aufzuheben und zu verschärfen.
- (6) In den Angeboten dürfen die Bieter keine Optimierungsvorschläge mehr machen.

#### **14 Anzahl der Angebote**

Das EVU ist nicht berechtigt, mehrere Angebote nebeneinander abzugeben. Nebenangebote sind nicht zulässig.

#### **15 Prüfergebnis Rollmaterial**

Der Aufgabenträger hat gemäß Artikel 5a der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23.10.2007 idF. der Verordnung (EU) Nr. 2016/2338 vom 14.12.2016 geprüft, ob Maßnahmen getroffen werden müssen, um einen effektiven und diskriminierungsfreien Zugang zu geeignetem Rollmaterial zu gewährleisten. Das Prüfergebnis ist als Anlage AzA 5 beigefügt.

#### **16 Einhalten der Vorschriften und Normen**

Das den Zuschlag erhaltende EVU hat einen sachgerechten und ausreichend dimensionierten Versicherungsschutz einzugehen und für die Laufzeit des VV aufrechtzuerhalten. Die Produkte und Leistungen müssen allen nationalen und europäischen Normen sowie technischen Spezifikationen des Internationalen Eisenbahnverbands (UIC) entsprechen, soweit diese vorhanden und anwendbar sind. Ergänzend müssen geltende Regeln für die Personenbeförderung in Deutschland beachtet werden. Dies gilt insbesondere für die Bestimmungen des/der:

- Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)
- Eisenbahnbetriebsleiterverordnung (EBV)
- Eisenbahnbetriebsleiter - Prüfungsverordnung (EBPV)
- Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung (EBO)
- Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO)
- Eisenbahnsignalordnung (ESO)
- Eisenbahninfrastruktur-Benutzungsverordnung (EIBV)
- Haftpflichtgesetz (HPfIG)

sowie alle sonstigen Gesetze, Vorschriften und Verordnungen.

Das EVU sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften haben die besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW zu beachten (vgl. Anlage AzA 4).

#### **17 Sicherheitsleistungen**

Zur Sicherung der Leistungspflicht und des lückenlosen Weiterbetriebs im Falle einer Betriebsaufnahme durch Dritte muss das obsiegende EVU Sicherheitsleistungen erbringen. Der Rahmenvertrag enthält hierzu konkrete Vorgaben.

## **18 Bietergemeinschaften**

Die Bildung einer Bietergemeinschaft muss bis zur Einreichung des Teilnahmeantrags erfolgen.

## **19 Unteraufträge**

- (1) Das obsiegende EVU darf Teile der Leistung grundsätzlich auch von Unterauftragnehmern (UAN) ausführen lassen.
- (2) Näheres, insbesondere zur zustimmungspflichtigen Unterauftragsvergabe durch den Aufgabenträger, ist in § 4 des VV geregelt.

## **20 Angebotsbindefrist**

- (1) Die EVU haben sich an ihr Angebot bis 60 Tage nach Ablauf der Angebotsfrist zu binden.
- (2) Nach Ablauf der Angebotsfrist und bis zum Ablauf der Angebotsbindefrist sind die EVU an ihre Angebote gebunden und dürfen diese nicht ändern, berichtigen oder zurückziehen.

## **21 Zahlungsbedingungen**

Die Zahlungsbedingungen sind in Kapitel 5 ff der LB sowie im Bereitstellungsvertrag geregelt.

## **22 Verträge**

- (1) Der Aufgabenträger schließt mit den obsiegenden EVU einen VV (Teil D der Verfahrensunterlagen). Bei dem VV handelt es sich um einen Brutto-Vertrag. Das bedeutet, dass das obsiegende EVU für seine Leistungen ein Entgelt erhält. Das Einnahmerisiko aus dem Verkauf von Fahrscheinen verbleibt bei dem Aufgabenträger.

Die Infrastrukturkosten für Trassen und Stationen der Eisenbahninfrastrukturunternehmen sind für das EVU bei den von dem Aufgabenträger bestellten Fahrten durchlaufende Positionen.

Näheres hierzu ist Kapitel 5 ff der LB zu entnehmen.

- (2) Zugleich schließt das obsiegende EVU mit den Auftraggebern einen Bereitstellungsvertrag (Teil E, BV der Verfahrensunterlagen) über die Fahrzeuge und einen Rahmenvertrag (Teil E, RV der Verfahrensunterlagen) sowohl mit den Auftraggebern als auch mit dem Aufgabenträger.
- (3) Der VRR wird nicht Vertragspartner des Bereitstellungsvertrages und haftet gegenüber dem EVU nicht für die Zurverfügungstellung der Fahrzeuge.
- (4) Die Vergabeunterlagen enthalten neben den genannten Verträgen noch den VRR-Verbundkooperationsvertrag (Teil F der Verfahrensunterlagen), der ebenfalls abzuschließen ist.
- (5) Die in den Verfahrensunterlagen befindlichen Entwürfe der genannten Verträge, deren endgültige Fassung mit der Angebotsabgabe vom EVU anerkannt wird, sind mit Zuschlagserteilung an das erfolgreiche EVU für dieses verbindlich. Die spätere urkundliche Festlegung der Vertragsinhalte erfolgt nach dem Zuschlag durch deklaratorische Unterzeichnung der Vertragsausfertigungen durch die Parteien.
- (6) Im Übrigen sind alle sonstigen in den Vergabeunterlagen genannten Verträge abzuschließen.

- (7) Ergänzend zum VV und den in den Absätzen 1 bis 4 genannten Verträgen wird die Geltung der VO PR 30/53 jeweils in der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser Ausschreibung gültigen Fassung vereinbart.

## 23 Erklärungen und Nachweise

- (1) Das EVU hat mit Abgabe seines Angebotes die in der Anlage AzA 3 aufgeführten Erklärungen und Unterlagen abzugeben.
- (2) Das EVU legt seinem Angebot zusätzlich zur Angebotskalkulation gemäß Anlage LB 4 der Verfahrensunterlagen eine aussagefähige und nachvollziehbare **Urkalkulation**, die die Kalkulation in LB 4 konkretisiert, als separate, mit einem Passwort gegen Lesezugriff geschützte .pdf-Datei bei. Das Passwort zum Öffnen/Lesen der Urkalkulation ist vom EVU bei Angebotsabgabe nicht mit einzureichen.
- (3) Im Fall eines – im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung – ungewöhnlich niedrig erscheinenden Angebotspreises (§ 60 VgV) sowie bei Leistungsänderungen, die über den Umfang des entsprechenden Kapitals der LB hinausgehen, wird die diesbezügliche Urkalkulation von dem Aufgabenträger geöffnet. Diese soll den Aufgabenträger in die Lage versetzen, zu überprüfen, ob die Angaben in der Urkalkulation
- zu allen in der Angebotskalkulation gemäß Teil C, Anlage LB 4 der Verfahrensunterlagen genannten Preisfaktoren sowie
  - bei Angeboten des EVU bei Leistungsänderungen gemäß den entsprechenden Kapiteln der LB die Richtigkeit der Kalkulation und Auskömmlichkeit des Angebotes erläutern und bestätigen.

Dabei ist die spezifische Kalkulationsgrundlage des EVU zur Ermittlung der einzelnen Preisfaktoren detailliert abzubilden und insbesondere dem Sachverhalt der Eigen- und / oder Fremderstellung der Verkehrsdurchführung transparent und nachvollziehbar Rechnung zu tragen, so dass die Aufgabenträger die Kalkulationsgrundsätze des EVU beurteilen und etwaige Kalkulationsfehler oder -lücken im Angebot des EVU erkennen und bewerten können.

Für den o.g. Fall eines – im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung – ungewöhnlich niedrig erscheinenden Angebotspreises hat das EVU auf Anforderung das Passwort unverzüglich dem Aufgabenträger zur Verfügung zu stellen.

Für den o.g. Fall von Leistungsänderungen, die über den Umfang des entsprechenden Kapitals der LB hinausgehen, hat das erfolgreiche EVU, an das der Zuschlag erteilt werden soll, innerhalb der Vorinformationsfrist gemäß § 134 GWB den Aufgabenträger das Passwort in einem separaten, deutlich mit „Passwort Urkalkulation“, dem Datum und dem Namen des Netzes „Niederrhein-Münsterland-Netz, Teilnetz 1“ sowie mit Namen und Adresse des EVU gekennzeichneten, verschlossenen Briefumschlag vorzulegen.

Der Aufgabenträger sichert die Vertraulichkeit der Urkalkulation zu.

## 24 Ausschlussgründe für die Angebote

Der Aufgabenträger behält sich vor, Angebote nach Maßgabe des § 57 VgV in Verbindung mit § 53 VgV auszuschließen.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle mit dem Angebot benannten Anforderungen Mindestanforderungen sind, die nicht unterschritten werden dürfen. Angebote, die diese Anforderungen unterschreiten, werden ausgeschlossen.

Verweigert ein EVU die gemäß Ziffer 23 zur Öffnung der Urkalkulation erforderliche Bereitstellung des Datei-Passworts, wird sein Angebot gemäß § 57 Absatz 1 VgV ausgeschlossen.

## 25 Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote

- (1) Der Zuschlag wird nach Abgabe und Auswertung der Angebote gemäß § 58 Abs. 1 VgV unter Berücksichtigung aller Umstände auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Kriterium zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes ist der niedrigste Preis.

- (2) Für die Ermittlung des Wertungspreises wird eine Hochrechnung der gleitenden Positionen vorgenommen.

Es wird

- eine Steigerung der Personalkosten (Triebfahrzeugführer und Zugbegleiter) (Positionen 1.1.1 und 1.1.2 der Anlage LB 4, Tabellenblatt „Gesamtkalkulation“) von 3,5 % p.a.,
- eine Steigerung der Personalkosten (sonstige Personale) (Position 1.1.3 der Anlage LB 4, Tabellenblatt „Gesamtkalkulation“) von 3,0 % p.a.,
- eine Steigerung der Strombeschaffungskosten (Position 1.2.1 der Anlage LB 4, Tabellenblatt „Gesamtkalkulation“) von 5,0 % p.a.,
- eine Steigerung der Stromnebenkosten (Position 1.2.2 der Anlage LB 4, Tabellenblatt „Gesamtkalkulation“) von 2,5 % p.a.,

unterstellt.

Für die weiteren Kostenbestandteile des Betriebsprogramms ist über die Vertragslaufzeit keine Indizierung vorgesehen.

Auf dieser Basis werden die Preise für die einzelnen Kalenderjahre (2029 bis 2038) berechnet. Dabei wird die Unvollständigkeit der Leistungserbringung im Jahr 2038 ebenso nicht berücksichtigt, wie keine Ermittlung eines Preises für den Zeitraum zwischen der Betriebsaufnahme und dem 31.12.2028 erfolgt.

Für die Wertung werden für das Jahr 2029 jeweils 50,0 % der kalkulierten Kosten der Betriebsstufen 1 und 2 sowie für die Jahre 2030 bis 2038 die kalkulierten Kosten der Betriebsstufe 2 herangezogen.

- (3) Die Berechnung erfolgt automatisch durch Excel. Eine Abzinsung findet nicht statt.

## 26 Aufhebung

- (1) Das Verfahren darf nach § 63 VgV ganz oder teilweise aufgehoben werden. Der Aufgabenträger und Bieter tragen für diesen Fall die ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens jeweils entstandenen Kosten selbst. Für den Fall der Aufhebung sind, soweit rechtlich zulässig, Schadensersatzansprüche der Bieter ausgeschlossen.

- (2) Der Aufgabenträger behält sich außerdem vor, dieses Verfahren ganz oder teilweise aufzuheben,

- wenn die tatsächlichen Gesamtkosten soweit über dem im Wirtschaftlichkeitsvermerk ermittelten Wert liegen, dass gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV insgesamt kein wirtschaftliches Ergebnis vorliegt oder

- wenn die vor Beginn der Vergabeverfahren vorgesehenen Haushaltsmittel wider Erwarten bei Zuschlagserteilung nicht zur Verfügung stehen bzw. nicht ausreichen und daher andere schwerwiegende Gründe § 63 Abs. 1 Nr. 4 VgV zur Aufhebung berechtigen.

Begründung:

Der Aufgabenträger hat, basierend auf Ausarbeitungen eines externen Gutachters, prognostiziert, welche Kosten zur Umsetzung insgesamt aufgewendet werden müssen. Diese Kosten und deren Ermittlung haben sie in einem ausführlichen Wirtschaftlichkeitsvermerk umfassend dokumentiert.

- (3) Der Aufgabenträger behält sich vor, die Ausschreibung auch teilweise in Bezug auf einzelne Leistungspositionen gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 2 und 4 VgV analog aufzuheben, sofern sich die Grundlagen des Vergabeverfahrens wesentlich geändert haben oder andere schwerwiegenden Gründe bestehen und die Teilaufhebung einzelner Leistungspositionen ein milderes Mittel zur Gesamtaufhebung darstellt. Dabei werden die vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz und Gleichbehandlung streng beachtet.

## 27 Kosten

Für das Bearbeiten und Einreichen von Angeboten wird den EVU keine Entschädigung gewährt. Falls das Verfahren aufgehoben wird, sind – soweit rechtlich zulässig – Entschädigungsansprüche der EVU ausgeschlossen.

## 28 Vergabekammer

Das Verfahren zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf § 160 ff. GWB verwiesen. Zuständig ist die Vergabekammer Münster:

**Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster**  
**Albrecht-Thaer-Straße 9**  
**48147 Münster**  
**E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de**  
**Tel.: +49 251 411 1691**  
**Fax: +49 251 411 2165**

Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass ein Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Aufgabenträgers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist.

## 29 Nicht berücksichtigte Angebote

Das EVU unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 62 VgV).

## 30 Geheimhaltung / Datenschutz

- (1) Alle Unterlagen, die den Bietern im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung des Aufgabenträgers nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Die Bieter haben sämtliche in den Unterlagen enthaltenen Informationen vertraulich zu behandeln.

- (2) Die vom Bieter beschäftigten Mitarbeiter sind zu entsprechender Geheimhaltung zu verpflichten. Dies gilt auch für die vom Bieter beauftragten Unternehmen.
- (3) Die Bieter werden gebeten, für den Fall einer gerichtlichen Prüfung geheimhaltungsbedürftige Teile und Anlagen ihres Angebotes zu kennzeichnen.
- (4) Der Aufgabenträger wird den Geheimhaltungsgrundsatz streng beachten. Die Bieter werden jedoch darauf hingewiesen, dass neben dem Aufgabenträger ggfs. auch Mitarbeiter des zuständigen Landesministeriums sowie zur Vorbereitung und Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Berater über Verfahrensinhalte in Kenntnis gesetzt werden dürfen. Diese Dritten sind jedoch von dem Aufgabenträger zur Geheimhaltung verpflichtet worden.
- (5) Hinweise des Aufgabenträgers zum Datenschutz können Anlage AzA 1 entnommen werden.

### **31 Arbeitnehmerübergang**

Aus Sicht des Aufgabenträgers liegt bei dem Vorliegen eines Betreiberwechsels ein gesetzlicher Betriebsübergang gemäß § 613a BGB vor. Der Aufgabenträger wird konstruktiv und unterstützend im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten den Betriebsübergang begleiten.

Der Aufgabenträger beabsichtigt für die Eingruppierung erforderlichen Daten mit Anlage AzA 2 allen Teilnehmern des Vergabeverfahrens zur Verfügung zu stellen. Der Aufgabenträger wird diesen Datensatz von den Altbetreibern der Linien RE 10 und RB 37 anfordern. Die Bieter können den Datensatz für ihre Kalkulation, insbesondere für Eingruppierungsüberlegungen, nutzen. Für den Fall, dass im laufenden Vergabeverfahren der Aufgabenträger einen aktualisierten Datensatz erhält, wird der Datensatz gemäß Anlage AzA 2 aktualisiert.

### **32 Überkompensationskontrolle**

Der Aufgabenträger behält sich vor, nach den gesetzlichen Voraussetzungen und Vorgaben eine Überkompensationskontrolle nach dem Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 und / oder eine Preisprüfung durchzuführen bzw. externe Stellen mit einer solchen Prüfung zu beauftragen.

Wir freuen uns auf Ihr Angebot.



**Anlagen:**

Anlage AzA 1:	Datenschutzhinweise DSGVO
Anlage AzA 2:	Datensatz Personal
Anlage AzA 3:	Nachweise und Anlagen zum Angebot
Anlage AzA 4:	Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW TVgG
Anlage AzA 5:	Prüfergebnis Rollmaterial
Anlage AzA 6:	Pünktlichkeits- und Qualitätsdaten